

Nicht überraschend

Die „Spiegel“-Umfrage zum Glauben der Deutschen

Pünktlich zum Karlsruher Katholikentag veröffentlichte und kommentierte der „Spiegel“ in seiner Ausgabe vom 15. Juni Ergebnisse einer Repräsentativumfrage von Emnid in den alten wie in den neuen Bundesländern (in letzteren wurde nur ein Teil der Fragen gestellt) zu Religiosität und Kirchlichkeit der Deutschen. Befragt wurden 2000 westdeutsche und 1000 ostdeutsche Bundesbürger im Alter von über 18 Jahren. Die Ergebnisse der Umfrage von 1992 werden mit denen der Umfrage von 1967 verglichen, die seinerzeit unter dem Titel „Was glauben die Deutschen?“ publiziert wurde.

Überraschend sind die Resultate der neuen Befragung beileibe nicht: Daß der Anteil der Konfessionslosen in den alten Bundesländern in den letzten fünfundzwanzig Jahren vor allem in Großstädten stark angestiegen ist, war bekannt, ebenso der Rückgang bei den regelmäßigen Gottesdienstbesuchern. Alle einschlägigen Untersuchungen und Beobachtungen der letzten Jahre belegen, daß trotz nomineller Zugehörigkeit zu einer christlichen Kirche die Mehrheit der Deutschen nur eine Minimalbindung zum kirchlichen Leben unterhält und daß der in Katechismen und Bekenntnissen festgeschriebene christliche Glaube längst kein selbstverständliches Allgemeingut mehr ist.

Im übrigen sind die Verschiebungen bei den „Glaubens-Fragen“ zwischen 1967 und 1992 meist nicht sehr gravierend: Die Aussage „Jesus ist leiblich auferstanden“ bejahten 1967 39 Prozent der Befragten, 1992 waren es (in den alten Bundesländern) 33 Prozent; bei der Aussage „Es gibt Gott“ äußerten vor fünfundzwanzig Jahren 68, jetzt 56 Prozent Zustimmung. Aussagekräftiger als Zustimmung bzw.

Ablehnung in einzelnen „Glaubens-Fragen“ (zu denen die Umfrage etwa auch Totenauferweckungen durch Jesus rechnet) ist die Tatsache, daß jeweils etwa zwei Drittel der Befragten die Religion für „ziemlich“ oder „völlig unwichtig“ in ihrem Leben halten oder mit ihrer Kirche in religiösen Dingen nur „in manchen Punkten“ oder „überhaupt nicht“ übereinstimmen.

Die mit Glauben und Kirche intensiver verbundenen Christen sind in der alten Bundesrepublik eine Minderheit, daran ist nicht zu rütteln. Aber was ist mit den anderen? Der Bericht des „Spiegel“ spricht von ihnen als den „neuen Heiden“ und apostrophiert die Bundesrepublik als „heidnisches Land mit christlichen Restbeständen“. Daß dieser Sprachgebrauch auch in manchen kirchlichen Kreisen begegnet, ändert nichts an seiner Problematik.

Zwar bejahen derzeit nur 29 Prozent der repräsentativ Befragten den Glauben an Jesus als Sohn Gottes, der zu den Menschen gesandt wurde, um sie zu erlösen und von den Toten auferweckt wurde (so die einschlägige Formulierung von Emnid). Aber sind damit die 43 Prozent, die der Aussage zustimmen, Jesus sei „nur ein Mensch, aber ein großer Mensch“ gewesen, der auch heute noch Vorbild sein könne, schon „Heiden“? Andersherum gefragt: Ist es wirklich ein Anzeichen für Glaubensschwund und mangelnde Ausstrahlungskraft des Glaubens, wenn bei den Christen wie bei den „Heiden“ jeweils etwa der gleiche Prozentsatz zu Protokoll gibt, er fühle sich oft niedergeschlagen und ratlos und verstehe oft die Welt nicht mehr? Wird in einer solchen Fragestellung Glauben nicht als universaler Problemlöser mißverstanden?

Speziell für die katholische Kirche sollten diejenigen Ergebnisse Grund zum Nachdenken sein, die sich auf die Zustimmung zu katholischen „Spezifika“ beziehen. Die neue Umfrage belegt, daß auch bei der Gruppe der regelmäßigen Kirchgänger unter den Katholiken kirchliche Weisungen und Lehren nur noch begrenzt Zustimmung finden: Bei der päpstlichen

Unfehlbarkeit ging der entsprechende Prozentsatz von 54 auf 36 zurück, beim Verbot „künstlicher“ Mittel zur Empfängnisverhütung von 23 auf 15 Prozent. 72 Prozent der regelmäßigen katholischen Kirchgänger sind für eine Aufhebung des Pflichtzölibats. Natürlich soll und darf sich die Kirche in ihren Entscheidungen nicht an Umfrageergebnissen ausrichten; aber sie zu verdrängen, zumal dort, wo es sich gar nicht um Glaubensfragen handelt, führt auch nicht weiter. Auch der Hinweis, bei den Protestanten, die alle diese Probleme nicht hätten, stehe es mit Glaubens- und Kirchenbindung schlechter als bei den Katholiken, darf nicht von den „hausgemachten“ Schwierigkeiten ablenken.

Angesichts der neuen Emnid-Umfrage und ähnlicher Untersuchungen bzw. Befunde aus den letzten Jahren können die Kirchen in der Bundesrepublik sicher nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, sei es, daß sie sich in einem Minderheitenstatus einigeln oder aber sich damit trösten, daß auch außerhalb ihrer engeren Anhängerschaft viel christliches Ethos vorhanden ist und gelebt wird. Sie haben aber auch keinen Grund, entweder in hektischem Aktionismus oder in abgrundtiefer Resignation zu verfallen. Daß die Mehrheit einer Bevölkerung aus gläubigen, überzeugten Christen bestehen muß, steht nirgendwo geschrieben. Auch wo die Christen in der Minderheit sind, können sie durch ihr gelebtes Zeugnis und durch ihre Mitarbeit an den großen gesellschaftlich-politischen Gestaltungsaufgaben helfend und auch ansteckend wirken.

114

Kommerzialisierung

Religiöse Programme stehen im öffentlich-rechtlichen Fernsehen auf dem Spiel

Beim Wettbewerb der 11. Internationalen Christlichen Fernsehwoche, die in der zweiten Maihälfte in Bozen stattfand, waren in diesem Jahr zum ersten Mal Programme privater Fern-

sehgesellschaften offiziell vertreten. Wenn sich gerade bei dieser Veranstaltung Vertreter der beiden großen Kirchen, der Fernsehbeauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland, *Hans-Wolfgang Heßler*, und der Leiter der Zentralstelle Medien der Deutschen Bischofskonferenz, *Peter Düsterfeld*, besorgt zeigten über die zukünftige Präsenz religiöser Programme in den öffentlich-rechtlichen Fernsehprogrammen, dann besteht zwischen beidem durchaus ein Zusammenhang: Die privaten Anbieter von Fernsehprogrammen sitzen inzwischen fest im Sattel. Die Phase, in der sie in der Hoffnung auf bessere Zeiten rote Zahlen schrieben, sind vorbei. Und vorüber ist auch die Zeit, in der die etablierten öffentlich-rechtlichen Anstalten die Neuen bestenfalls von oben herab betrachteten. Die privaten Fernsehanbieter haben sich mit ihren eigenen Programmvorstellungen zu einer ernststen Konkurrenz gemauert. Ja, das Programm der Öffentlich-Rechtlichen hat bereits begonnen, sich in eine Richtung zu verändern, die – ganz eindeutig – von den Privaten vorgegeben wird.

Und das hat Konsequenzen beileibe nicht nur, aber auch für das Programmfeld *Religion und Kirche*. Nachdem die öffentlich-rechtlichen Anstalten aufgrund der privaten Konkurrenz einen erheblichen Schwund bei der Sehbeteiligung zu verzeichnen haben, wurde die Reichweite der Programme mehr denn je zum alles entscheidenden Kriterium bei der Gestaltung des Programms. Durch die Kommerzialisierung des Fernsehens sind damit – so Düsterfeld – „die religiösen Programme insgesamt unter Druck geraten“, und auch die Produzenten religiöser Programme haben bereits die „fatale Alternative“ verinnerlicht: „entweder unsere Programme bringen große Reichweite oder sie verschwinden vom Bildschirm“. Von den Mitarbeitern der entsprechenden Redaktionen – so Heßler – werde dementsprechend nicht nur erwartet, daß sie ein „gutes, überzeugendes Programm“ machen, sondern sie „müssen mehr denn je, auch selber, um einen Programmplatz dafür kämpfen“.

Im übrigen ließen es sich die beiden Kirchenvertreter nicht nehmen, näher nach den Kriterien zu fragen, die in einem zunehmend kommerzialisiertem Fernsehen die Programmgestaltung bestimmen. Heßler: Nicht der Zuschauer ergreife Besitz vom Programm, sondern das Programm vom Zuschauer, zugunsten von Quote und Gewinn werde das Publikum bedenkenlos „instrumentalisiert“. Düsterfeld: Die Orientierung an dem, was man die „Bedürfnisse der Zuschauer“ nennt, verabsolutiere diese Bedürfnisse, sei aber nicht imstande, diese Bedürfnisse selber noch einmal zu befragen oder zu korrigieren. Im Falle von Religion führe dies lediglich zu einem funktionalistischen und individualistischen Verständnis von Religion – mit dem Glauben an den Gott der Christen habe dies jedoch nichts mehr gemein.

Ob es für Einwürfe dieser Art schon zu spät ist, wird sich bald zeigen. Bei der ARD ist man gegenwärtig mit der Konzeption eines neuen Programmschemas beschäftigt, das mit dem 1. Januar 1993 in Kraft treten soll. Was die Präsenz religiöser Programme in dem bevorzugten Abendprogramm angeht, ist zwar noch nicht das letzte Wort gesprochen, aber erste Entwürfe zeigen bereits, wie ernst die Lage ist. Erschwerend kommt hinzu, daß seit dem 1. Mai der (nebenamtliche) ARD-Koordinator für kirchliche Sendungen nicht mehr *Dietrich Schwarzkopf* heißt. Der ehemalige ARD-Programmdirektor hat sich in dieser Funktion als selbstloser Makler große Verdienste um die religiösen Programme erworben. Als Fernsehdirektor des Süddeutschen Rundfunks hat *Hans Heiner Boelte*, Schwarzkopfs Nachfolger in der Funktion des Koordinators, im Vergleich zu diesem einen schwereren Stand.

Ob kirchliche Einwände in Zukunft Gehör finden werden oder nicht, dürfte indes auch davon abhängen, auf welche argumentative Schiene die Kirchen dabei setzen. Der Versuch, auf verbrieft Rechte und Privilegien zu pochen, mag zwar auf den ersten Blick verlockend sein, könnte langfristig jedoch möglicherweise eher schaden

denn nützen. Im übrigen würde ein solches Vorgehen auch der Sachlage nur unzureichend gerecht. Wenn religiöse Programme gegenwärtig auf dem Spiel stehen, dann weniger deshalb, weil man explizit Religion nicht im Programm sehen will, sondern weil es bestimmte differenziertere, nur von mehr oder minder großen *Minderheiten* genutzte Programme generell schwer haben.

Die adäquate Antwort der Kirche wäre es insofern nicht, sich als Lobby für Programme aus dem Programmumfeld Religion und Kirche, Verkündigungssendungen wie auch redaktionell verantwortete Beiträge, zu gebärden, sondern zusammen mit anderen Betroffenen die öffentlich-rechtlichen Anstalten an ihren vom Bundesverfassungsgericht so definierten „Grundauftrag“ zu erinnern. Die öffentlich-rechtliche Sonderstellung von ARD und ZDF, die Finanzierung über Zwangsbeiträge – dies alles hat nur solange seine Berechtigung, wie die entsprechenden Sender sich – was ihr Programmangebot angeht – andere Ansprüche auferlegen als reine Kommerzsender. nt

Gefährdet?

Die Diskussion um Feiertagsstreichungen zugunsten der Pflegeversicherung

Sollten sich die Deutschen in diesem Jahr zum letzten Mal am Abend des Pfingstmontags vom Kurzurlaub am Gardasee nach Hause gestaut haben? So mancher Zeitgenosse wird sich diese Frage besorgt gestellt haben, als er nach der verdrießlichen Rückkehr am Dienstagmorgen ins neonbeleuchtete Großraumbüro bei der Zeitungslektüre auf Überschriften stieß wie: „Der Pfingstmontag im Visier“ oder „Pfingstmontag als Kompensation für die Pflege diskutiert“. Der erneute Vorstoß auf der Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten für die geplante Pflegeversicherung war so neu nicht. Politiker aller Parteien hatten bereits den Vorschlag ins Spiel gebracht, es